II – 7570 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3805 /J
1989 -05- 2 2

A N F R A G E

der Abgeordneten Erlinger und Freunde

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend bürokratische Hemmnisse beim Nachrüstkatalysator

Eine konsequente Politik, auch für gebrauchte KFZ Katalysatoren zur Abgasreduktion einzubauen, wird von vielen Seiten propagiert. Manche umweltbewußte Bürgerinnen und Bürger in Österreich gehen diesen Weg bereits. Man sollte glauben, sie werden von der Bürokratie unterstützt. Tatsächlich läßt sich anhand eines konkreten Falles folgendes feststellen:

Es muß zu einer Eintragung in den Typenschein von der Verkehrsabteilung des Landes im Auftrag des Bundes kommen, und erst mit dieser Typenscheineintragung erledigt die Polizeidirektion die Eintragung in den Zulassungsschein. Beides zusammen kostete in einem Fall 590 öS. Allerorts wird von Förderungen für den Nachrüstkatalysator gesprochen. Die tatsächliche Rechtslage sieht offenbar so aus, daß jene, die die Kosten nicht scheuen, durch zusätzlichen Gebühren und Abgaben abgeschreckt werden.

Deswegen richten die unterfertigten Abgeordneten folgende

A N F R A G E :

1. Wie sieht der "Amtsweg" für Bürgerinnen und Bürger aus, welche sich einen Nachrüstkatalysator einbauen lassen wollen?

2. Welche Kosten (Gebühren, Abgaben, etc.) sind dafür zu entrichten?

3. Halten Sie es für sinnvoll, den Weg, wie in die derzeitige

Rechtslage vorschreibt, für die Nachrüstung von Katalysatoren auch in Zukunft beizubehalten?

4. Halten Sie es für sinnvoll, daß Gebühren und Abgaben von jenen zu entrichten sind, die die Kosten auf sich nehmen, ihr Auto mit einem Nachrüstkatalysator auszustatten?

5. Planen Sie in absehbarer Zukunft Förderungen, um den Einbau von Nachrüstkatalysatoren zu beschleunigen?

6. Wie stehen Sie aus umweltpolitischer Sicht dazu, Nachrüstkatalysatoren einzubauen?

7. Welche Schritte sind von der Bundesregierung in dieser Richtung in den nächsten Monaten zu erwarten?